Jenseits der liberalen Demokratie : zu Studien von Alex Demirovi und Boaventura de Sousa Santos

Autor(en): **Wolf, Frieder Otto**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **28 (2008)**

Heft 55

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652449

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Frieder Otto Wolf

Jenseits der liberalen Demokratie

Zu Studien von Alex Demirović und Boaventura de Sousa Santos

Die Stunde der Not gilt als die Stunde der 'starken Hand': In Seenot oder Staatskrisen wird nicht nach demokratischer Deliberation gerufen, sondern nach rascher, allerdings richtiger Entscheidung. Jedenfalls zugespitzte Krisen gelten als 'Entscheidungssituationen', in denen Autorität und Macht benötigt werden, was demokratische Beteiligung auszuschließen oder doch minder wichtig zu machen scheint. Krisen sind die Stunde der Staats- und Regierungschefs – jeder für sich und angesichts transnationaler Krisen in entsprechenden Beratungsrunden. Wenn Barack Obama den AmerikanerInnen verspricht, angesichts der Größe der Krise wolle er sie nur um so intensiver dazu auffordern, sich in die erforderlichen Beratungen einzubringen, erscheint das als ein schlauer Trick, um vorab schon die Akzeptanz besonders harter und eigentlich unpopulärer Maßnahmen zu organisieren.

Diese Vorurteile ergeben sich, wenn wir uns auf eine Perspektive einlassen, die ich als 'souveränistisch' kennzeichnen möchte. Sie ist in der Philosophie und Theorie des modernen Staates dominant – als Perspektive der PolitikerInnen als 'policy makers'; sie ist aber nur schlecht dazu geeignet, Aktionen zu denken, in denen sich tatsächlich immer wieder historisch bedeutende Initiativen 'von unten', aus 'den Massen', innerhalb der 'Menge der Vielen' (*multitudo*) entfaltet haben.

Wie haben sich die Mengen zum Handeln entschlossen? Wie kam es beispielsweise zu der 'massenhaften' Aktion, in den Morgenstunden des 25. April 1974 den gegen das faschistoide Caetano-Regime putschenden Soldaten Nelken in die Gewehre zu stopfen – durch die dann der Putsch der des langen Kolonialkriegs müden Hauptleute sich in die portugiesische 'Nelkenrevolution' verwandelt hat? Oder wie setzte sich in Seattle 1999 die Entscheidung durch, wirklich die Sitzungen der WTO zu blockieren?

Dass wir uns gegenwärtig in einer historischen Krise befinden, ist unbestritten. Weltweite Finanzkrise und einsetzende weltwirtschaftliche Depression treffen auf bereits weit fortgeschrittene Krisenprozesse in der gesamthaften Reproduktion der Menschheit – von der Klimakrise über die Krise des urbanen Habitat bis zu den sich gerade wieder verschärfenden sozialen und ökologischen Krisenprozessen, die dem wachsenden Welthunger zugrunde liegen oder der zunehmenden offenen militärischen Gewaltanwendung am Rande von (Piraterie) oder auch 'zwischen' vielen Staaten.

Ob die 'große Krise' kommt, welche dann gesellschaftspolitische Fragestellungen unabweisbar macht, wird sich letztlich erst künftig zeigen –

nicht zuletzt aufgrund von Entscheidungen, die wichtige Handlungsträger heute noch nicht haben treffen können oder auch nur faktisch noch nicht getroffen haben. Die Frage ist allerdings zu stellen, ob hier mit der demokratischen Initiative 'von unten', aus der vielfach segmentierten 'Menge der Vielen' der gesamten Menschheit nicht zumindest eine Möglichkeit eröffnet werden kann, die pessimistischen Erwartungen wirksam zu durchkreuzen. Mit anderen Worten müssen wir wohl, um überhaupt einen anderen Verlauf der Krisenbewältigung als eine reale Möglichkeit denken zu können, uns erneut überlegen, wie das Verhältnis von Krise und Demokratisierung ganz anders begriffen und praktisch gemacht werden kann, als dies in den herrschenden Vorurteilen vorgesehen ist.

Angesichts dieser historischen Herausforderung trifft es sich gut, dass in den letzten Jahren zwei Bücher erschienen sind, die es unternommen haben, das Thema der Demokratisierung neu zu denken: Alex Demirović' Gutachten für die IG Metall über die gegenwärtige Bedeutung und die Aktualisierungsmöglichkeiten des traditionell gewerkschaftlichen Konzeptes der 'Wirtschaftsdemokratie' (Demirović 2007) und die von Boaventura de Sousa Santos herausgegebenen Ergebnisse eines breitangelegten Forschungsprojektes aus dem 'globalen Süden' über die 'Neuerfindung der gesellschaftlichen Emanzipation' für das Feld einer „Demokratisierung der Demokratie' (Sousa Santos 2005). Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Stands der offiziellen Politik zur Abwehr und Eindämmung der laufenden Krisenprozesse können wir diesen sehr weitreichenden Überlegungen zur Erneuerung des Konzeptes der Demokratisierung, wie es in der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung in den 1920er Jahren zuerst entwickelt worden war, gleichsam einem aktuellen 'Härtetest' unterziehen.

Alex Demirović unternimmt eine anspruchsvolle Rekonstruktion der umfassenderen gesellschaftstheoretischen Hintergründe, vor denen eine Wiederbelebung der spezifisch deutschen Debatte um 'Mitbestimmung' möglich wird. Dabei lässt er sich von dem damit historisch zunächst verbundenen Horizontrahmen keineswegs einschränken und thematisiert auch das Verhältnis von „Zivilgesellschaft – soziale Bewegung – Gewerkschaften" (Demirović 2007, 188ff.); er erstreckt die Frage nach der „demokratischen Partizipation" durchaus auch auf die Probleme der „transnationalen Interessenvertretung" (S.223ff.). Dabei greift er insbesondere die Frage auf, wie „die Gewerkschaften ... sich stärker auf ihre demokratischen Bewegungstraditionen besinnen" können (S.209) und speziell wie „die neuen Bewegungsgewerkschaften als 'Vorreiter des Wandels' auch jene breite Masse von Gewerkschaftsmitgliedern" mobilisieren könnten, die in der kapitalistischen Gesellschaft meist die stärkste soziale und wirtschaftliche Hebelwirkung ausüben können. „Zur neuen sozialen Gewerkschaftsbewegung gehört auch eine aktive strategische Orientierung auf die Stärksten unter den gesellschaftlich Unterdrückten und Ausgebeu-

teten, die zumeist organisierten ArbeiterInnen, die jene mobilisieren können, denen eine Mobilisierung aus eigener Kraft oft nicht gelingen mag'" (S.209f., zit. Moody 1999, 10) – und geht insbesondere der etwa von Stefanie Hürtgen (2003, 18f.) formulierten Kritik nach, dass auf der Grundlage einer derartigen Orientierung auf „Kernbelegschaften und Wissensarbeiter" als „das Klientel der Gewerkschaften" (Demirović 2007, 210) „die Gefahr" bestehe, „die Interessen der Prekarisierten und Arbeitslosen nur additiv-ergänzend zu vertreten" (ebd.).

Auch die Frage, wieweit die Arena einer „transnationalen Interessenvertretung" (Demirović 2007, 223) als eine „Falle" wirken könne, entfaltet Demirović aus der Perspektive der „Krise der nationalen Gewerkschaftspolitik (vgl. Hoffmann 2004, 61)" angesichts einer historischen Lage, in der sich für „viele Unternehmen ... ihr Handlungsraum weit über die Grenzen des Nationalstaats hinaus erweitert" hat. Seine Untersuchung der verfügbaren Literatur führt ihn dazu, „zwei sehr allgemeine Ergebnisse" (Demirović 2007, 251) festzuhalten:
Erstens: „Obwohl sich zahlreiche Praktiken internationaler Solidarität beobachten lassen, ..., sind sie nicht Ergebnis eines evolutionären Lernprozesses. [...] Sie ergeben sich fallweise aus den Interessenlagen der Unternehmen und unter dem Druck der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen." (ebd.)
Zweitens: „Selbst wenn es gegen alle Widerstände, ..., gelingt, internationale Solidarität und eine grenzüberschreitende gewerkschaftliche Interessenvertretung zu organisieren, die die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer im Blick hat – bedeutet dies noch nicht, dass es damit auch schon zu einer Demokratisierung der Arbeitsorganisation und der Interessenvertretung kommt." (S.251f.)

Besondere Aktualität gewinnen heute Demirović's abschließende Ausführungen über „Wirtschaftsdemokratie im finanzdominierten Akkumulationsregime" (S.257ff.), in denen er auf Überlegungen zur „Forderung nach der Regulierung der Finanzmärkte" eingeht – die, „wie Krätke (2003, 68) kritisch bemerkt, selten mit der Frage verknüpft [ist], ob eine solche Kontrolle demokratisch ist oder sein könnte" (ebd.). Darüber hinaus setzt er sich mit den Hinweisen von Michel Aglietta „auf mögliche Elemente einer wirtschaftsdemokratischen Regulierung des finanzdominierten Kapitals" auseinander. In einer mit Antoine Rebérioux durchgeführten Analyse empfiehlt Aglietta (2005), auf der Grundlage einer Neugestaltung des „Kollektivsparens", das „schwedische und das deutsche Corporate-Governance-Modell" im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft zu erneuern – auf dem doppelten Wege über demokratisierte institutionelle Anleger sowie öffentliche und demokratisch verantwortliche Rating-Agenturen. Angesichts der Relativierung der „demokratischen Kontrolle der Pensionsfonds" aufgrund etwa der verbreiteten Praxis des (zumeist kreditfinanzierten) Aktienrückkaufs (vgl. Moody u. Sablowski/Rupp 2001, 68) kommt

Demirović zu dem Ergebnis: „Einen großen Teil der Geschäftspolitik der transnationalen Konzerne wird man über die institutionellen Anleger nicht wirksam kontrollieren können." (Demirović 2007, ebd.) Der Frage der Reichweite staatlicher Vorgaben für die Bestimmung dieser Geschäftspolitik geht Demirović in diesem Zusammenhang nicht nach, da sie in der von ihm aufgearbeiteten Debatte auch keine Rolle gespielt hat.

Insgesamt lässt sich angesichts dieses Buchs allerdings eine durchaus paradoxale Schlussfolgerung tragfähig begründen: Zum einen tritt vor dem Hintergrund der hier zeitgenössischen entfalteten Debatte über eine Demokratisierung der Wirtschaft deutlich hervor, dass die deutsche 'Mitbestimmungsarchitektur' genau umgekehrt konstruiert ist, wie dies aus der Perspektive eines Strebens nach gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht zu begründen wäre. In dem Bereich einer gesellschaftlich langfristigen Rahmenplanung, in dem ein Rückgriff auf demokratische Mitwirkung bei der Politikentwicklung sich besonders 'aufdrängen' würde, findet sie – mangels formalisierter und koordinierter Planungsprozesse – faktisch gar nicht statt. Im Bereich der Unternehmensführung, der ebenfalls noch eine direkt gesellschaftspolitische Dimension hat, ist das deutsche Regime der Mitbestimmung – mit der historisch begründeten Ausnahme der Montanmitbestimmung – nur schwach ausgeprägt, während das am stärksten entwickelte 'Mitbestimmungsregime' im betrieblichen Bereich liegt, der wegen seiner Abhängigkeit von Unternehmensstrategien, Konkurrenzposition und technologischen Gegebenheiten die schwierigste 'Arena' für gesellschaftspolitisches Handeln darstellt.[1]

Zum anderen aber lässt sich ebenso feststellen, dass – analog zu den sprichwörtlichen Subjekten, die dazu in der Lage sind, auch krumme Zeilen geradezuschreiben – auch die beherrschten und ausgebeuteten Subjekte des unmittelbaren Produktionsprozesses und ihre Organisationen selbst unter eher widrigen institutionellen Voraussetzungen immer wieder Mittel und Wege gefunden haben, Interessen zu artikulieren und zu vertreten, die ihnen wichtig waren. Das Projekt einer gesellschaftspolitischen Demokratisierung kann daher in Deutschland durchaus auch an Erfahrungen, Lernprozesse und Handlungsmodelle anknüpfen, wie sie unter den Bedingungen dieses insgesamt eher restriktiven Modells der Mitbestimmung[2] aufgebaut werden können.

Die Forschergruppe aus dem 'globalen Süden', die sich um den portugiesischen Epistemologen und Gesellschaftstheoretiker Boaventura de Sousa Santos (2005) zusammengefunden hat, ist mit einer breiter angelegten Fragestellung Erfahrungen partizipativer demokratischer Praxis nachgegangen, die einen Beitrag zur 'Neuerfindung gesellschaftlicher Emanzipation' zu leisten versprechen. Besonders hervorzuheben ist hier der aus ihren Fallstudien zu verallgemeinernde Befund, dass auch unter Bedingungen, welche die herrschende Staatslehre als Ausnahmezustand klassi-

fizieren (und entsprechend marginalisieren) würde, also inmitten des Bürgerkriegs in Kolumbien, im Elend der südafrikanischen Slums oder von Armut und Diskriminierung indischer Bauern, produktive und emanzipatorische Modelle direkter Demokratie mit inklusiven Effekten entwickelt und nachhaltig praktiziert werden können. Und zwar überall dort, wo es für die Beteiligten nachvollziehbar wird, dass es nicht nur um ihre Sache, ihre Interessen geht, sondern auch erkennbar und damit kontrollierbar bleibt, was aus ihren eigenen Deliberationen, Beschlüssen und Initiativen folgt – wie sie sich zu denen anderer verhalten und wie gemeinsame Ergebnisse erzielt werden können.

In der gegenwärtig heraufziehenden 'großen Krise' wird sich in dem Maße, wie sich technokratische und etatistische Handlungsmodelle als nicht hinreichend zur Krisenbewältigung erweisen werden, eine Konstellation als historische Herausforderung herausbilden, in der sich der markt- oder monopolgesteuerte Selbstlauf der Kapitalakkumulation als unfähig erweist, die erforderlichen Neubestimmungen der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit zu leisten, und in der auch in demokratischer Perspektive neu durchdachte Marktinstrumente dies nicht zu leisten vermögen. Es entsteht dann erneut die Frage nach den historischen Subjekten, welche dazu in der Lage sein werden, diese Bestimmungslücke zu schließen.

Dabei werden voraussichtlich Staaten und Staatenverbünde eine entscheidende Rolle spielen. Sie sind aufgrund ihrer Fähigkeit zur verbindlichen Durchsetzung von Zielsetzungen und Regeln, die sich auch nach herrschender Lehre bis zur Enteignung und Zwangsverpflichtung erstreckt, die einzigen unter den heute schon existierenden politischen Akteuren, welche auch nur die Chance haben, die für ernsthafte Krisenlösungen erforderliche Handlungsmacht aufzubringen. Eine der entscheidenden Fragen wird jedoch sein, ob die handelnden Staaten dabei in Richtung der autoritären und repressiven Durchsetzung der von ihnen gewählten Krisenlösungen gehen werden – was immer eine Tendenz zur aggressiven Betonung ihres 'Gewaltmonopols'[3] mit sich bringt, und damit auch sogenannte 'militärische Lösungen' (Custers 2007) – oder ob es gelingt, die großen Fragen demokratisch zu stellen und zu beantworten.

Die vorliegenden Untersuchungen zeigen immerhin deutlich genug, dass es nicht nötig ist, sich dafür in die Spielkiste der Institutionenbaukästen locken zu lassen: Wo immer es möglich sein wird, sich einen entsprechenden Raum für öffentliche Auseinandersetzungen zu verschaffen, können auch ohne eine vorgängige Institutionenkonstruktion politische Handlungsfähigkeiten aufgebaut werden, durch die zumindest die Thematisierung von Problemen erzwungen und die Grundrichtungen bestimmt werden können, in denen Problemlösungen zu suchen sein werden. Allerdings wird dies nicht ohne die Entwicklung entsprechender Formen der politischen Organisierung abgehen: An der Frage, wie sich die 'globale Linke' (Sousa

Santos 2007) auf eine Art und Weise organisieren kann, die sie angesichts der heraufziehenden Krise handlungsfähig werden lässt, kann die Debatte nicht länger vorbeigehen. Dafür ist es unumgänglich, die Demokratiefrage neu und radikaler zu stellen – wie dies heute sowohl im Hinblick auf die deutschen Gewerkschaften als auch in Aufnahme von Impulsen aus dem globalen Süden möglich ist.

Anmerkungen

1 Die Beschreibung des 'dualen Systems' der Interessenvertretung, wie es für Deutschland seit der Durchsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes in der Bundesrepublik charakteristisch war, wird m.E. erst in der Perspektive dieser realen Paradoxie in ihrer vollen Bedeutung erkennbar.

2 Weniger restriktive Modelle, die ebenfalls bisher mit dem Fortbestand der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise kompatibel geblieben sind, sind in den skandinavischen Ländern – besonders in Schweden und Norwegen – entwickelt worden (vgl. Meidner / Hedberg 1984).

3 Das immer nur als ein Monopol der legitimen Gewalt konstruiert ist – und daher die Existenz privater Gewaltzusammenhänge nicht per se ausschließt.

Literatur

Aglietta, Michel / Rebérioux, Antoine, 2005: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Supplement 'Sozialismus' 3, Hamburg

Custers, Peter, 2007: Questioning Globalized Militarism. Nuclear and Militar Production and Critical Economic Theory. New Dehli

Demirović, Alex, 2007: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Münster

Hoffmann, Jürgen, 2004: Jenseits des Mythos – 'Internationale Solidarität' als Herausforderung der Gewerkschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung und Europäisierung. In: Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, hg. v. Beerhorst u.a., Frankfurt / M.

Hürtgen, Stefanie, 2003: Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich. Prokla Nr. 130, Münster

Krätke, Michael, 2003: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus. In: Mut zur konkreten Utopie, hg. v. Krätke u.a., Hannover

Meidner, Rudolf / Hedberg, Anna, 1984: Modell Schweden. Frankfurt/M., New York

Moody, Kim, 1999: Das neue Proletariat. Gewerkschaften im 'globalisierten' Kapitalismus. Supplement 'Sozialismus' 2, Hamburg

Sablowski, Thomas / Rupp, Joachim, 2001: Die Rolle finanzieller Faktoren im US-amerikanischen Wirtschaftsboom der 90er Jahre. Prokla Nr. 122, Münster

de Sousa Santos, Boaventura, (ed.) 2005: Democratizing Democracy. Beyond the Liberal Democratic Canon. London

Ders., 2007: The Rise of the Global Left. London